

MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG
PROFESSUR FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND
DEUTSCHE AUßENPOLITIK



Hallenser IB-Papier 5/2001

Reinhard Wolf

**Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen -
eine optimistische Prognose**

e-mail: wolf@politik.uni-halle.de
website: <http://www.politik.uni-halle.de>

Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen -- eine optimistische Prognose

von Reinhard Wolf

Wie sich die transatlantischen Beziehungen im neuen Jahrtausend entwickeln werden, lässt sich natürlich nicht im Detail vorhersagen. Weder kann die Politikwissenschaft genaue Aussagen darüber treffen, welche Art von Faktoren wie starken Einfluss ausüben (würde), noch ist im Einzelnen bekannt, wie sich die Vielzahl potentiell wirksamer Faktoren weiterhin entwickelt und wie diese h-
rerseits sich gegenseitig beeinflussen könnten. Deshalb wird hier nur der Versuch unternommen, die grobe Tendenz der künftigen Beziehungen zwischen den USA und EU-Europa abzuschätzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob die transatlantischen Beziehungen ihren partnerschaftlichen Charakter bewahren werden oder eher mit einer zunehmenden Rivalität zu rechnen ist.

In diesem Zusammenhang soll die These begründet werden, dass die kooperativen Elemente auch künftig überwiegen werden. Missverständnisse, Meinungsverschiedenheiten, wirtschaftliche Konkurrenz und kleinere Spannungen wird es zwar immer wieder geben. Jedoch spricht aus heutiger Sicht kaum etwas dafür, dass sie zum prägenden Element der transatlantischen Beziehungen werden, dass sie sich vom unvermeidlichen "Hintergrundrauschen" vielfältiger Interaktion und gelegentlicher Konkurrenz zum eigentlichen "Signal" vor dem Hintergrund gelegentlicher Zusammenarbeit entwickeln. Diese Vorhersage sollte nicht so verstanden werden, dass wir in der besten aller möglichen "transatlantischen Welten" leben werden. Behauptet wird vielmehr, dass die USA und Europa wie in den vergangenen Jahrzehnten die meisten Positionsdifferenzen kooperativ bearbeiten können.

Belegt wird diese These im Folgenden anhand einer Erörterung von drei grundlegenden Kausalfaktoren, die prinzipiell gravierende Veränderungen herbeiführen könnten: diskutiert werden die denkbaren Auswirkungen

- veränderter Machtverhältnisse im internationalen System,
- innenpolitischer Interessenkonstellationen beiderseits des Atlantiks und
- von Trends der politischen Kultur in Europa und Amerika.

Die Prognose weitgehender Kontinuität fußt insofern auf der Einschätzung, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand keiner der genannten Faktoren einen grundlegenden Wandel im transatlantischen Verhältnis bewirken wird. Keiner von ihnen taugt als Ausgangspunkt für eine pessimistische Prognose, die sowohl theoretisch schlüssig als auch durch historische Vergleichsfälle belegbar wäre. Infolgedessen besteht alles in allem kein Anlass zu der Befürchtung, dass die Konflikte zwischen Europa und den USA deutlich zunehmen werden.

1 Der Einfluss der internationalen Machtverteilung

Die Behauptung, die Aussichten für zwischenstaatliche Zusammenarbeit hingen vor allem von der internationalen Verteilung der Machtressourcen ab, wird in erster Linie von Anhängern der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen vertreten, insbesondere von amerikanischen Neorealisten wie Kenneth Waltz (1979), Joseph Grieco (1990) und John Mearsheimer (1990, 1994/1995). Ihnen zufolge ist im anarchischen Umfeld des internationalen Systems dauerhafte Zusammenarbeit nur unter zwei Bedingungen möglich: wenn mehrere Staaten erforderlich sind, um ein machtpolitisches Gegengewicht gegen einen mächtigen Drittstaat oder eine fremde Allianz zu bilden, oder wenn ein besonders mächtiger Staat, ein sogenannter Hegemon, eine sicherheits- oder wirtschaftspolitische Ordnung etabliert und stabilisiert, die im Interesse aller beteiligten Staaten ist. Im ersteren Fall wäre der Kollaps der Zusammenarbeit zu erwarten, sofern die Macht des gemeinsamen Gegners soweit nachlässt, dass die Bewahrung des Gleichgewichts auch ohne die bisherige Gegenallianz möglich wird. Basiert die internationale Zusammenarbeit hingegen auf der Hegemonie eines der beteiligten Staaten, dann wäre die Erosion der kooperativen Ordnung für den Fall zu erwarten, dass die Macht des Hegemons spürbar zurückgeht. Unter diesen Umständen könnten dessen erstarkende Partner zu der Schlussfolgerung gelangen, dass sie die Verteilungswirkungen der hegemonialen Ordnung zu ihren Gunsten ändern könnten (Gilpin 1981). Entsprechend steigt ihre Konfliktbereitschaft.

Beide Hypothese lassen sich sinnvoll auf das aktuelle transtatlantische Verhältnis anwenden. Gemäß der ersten wäre die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO als Gleichgewichtspolitik gegenüber der Sowjetunion aufzufassen. Entsprechend müsste die Desintegration von Sowjetunion und Warschauer Pakt die Erosion der NATO nach sich ziehen. Nach der zweiten Hypothese wäre die Kooperation, vor allem was ihre wirtschaftlichen Aspekte angeht, primär als Folge der amerikanischen Hegemonie gegenüber Westeuropa (und Japan) zu interpretieren. Ihr zufolge wäre die transatlantische Partnerschaft gefährdet, wenn sich die machtpolitischen Gewichte innerhalb der Partnerschaft zugunsten der Europäer verschieben sollten.

1.1 Das Ende der Sowjetunion und der Fortbestand der transatlantischen Partnerschaft

Mit dem Untergang der Sowjetunion und ihres Bündnissystems ist zweifellos einer der Faktoren hinfällig geworden, der die transatlantische Partnerschaft gefördert, wenn nicht überhaupt sogar begründet hat. Gerade für neorealistische Wissenschaftler war es daher nur konsequent, von dieser einschneidenden Machtverschiebung auf die Desintegration des atlantischen Sicherheitsverbun-

des zu schließen (Waltz 1993b; Mearsheimer 1990): Ohne einen starken Gegner, dessen Macht nur gemeinsam auszubalancieren war, würde innerhalb des nunmehr übermächtigen NATO-Bündnisses die wechselseitige Abhängigkeit zurückgehen und damit auch das gegenseitige Misstrauen (wieder) aufleben. Insbesondere die militärische Übermacht der USA müsste die westliche Allianz spalten, insofern sie Washington zu arroganterem Auftreten verleite und dadurch Gegenmachtbildung bei den Europäern provoziere (Waltz 1991, 1993a).

Gegen diese pessimistische Hypothese spricht zunächst die Tatsache, dass die prognostizierten Folgen der sowjetischen Implosion bis heute nicht zu beobachten sind. Gewiss wäre es naiv zu erwarten, dass internationale Machtverschiebungen in jedem Fall sofort die Sicherheitsbeziehungen betroffener Staaten gravierend verändern müssen. Für eine abschließende Bewertung dieser Hypothese ist es somit noch etwas zu früh. Da der Zerfall des sowjetischen Lagers so vollständig und umfassend vonstatten ging und inzwischen auch schon ein ganzes Jahrzehnt zurückliegt, müssten sich aber zumindest schon erste Anzeichen für die Erosion der NATO zeigen, wenn deren Zusammenhalt primär auf der sowjetischen Bedrohung basiert haben sollte. Wenigstens ein entsprechender Trend sollte heute schon zu beobachten sein.

Bisher haben sich die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Europa indes ganz anders entwickelt, als es Neorealisten noch vor wenigen Jahren prophezeit haben. Gewiss gab es im vergangenen Jahrzehnt gerade von französischer Seite Kritik am Gebahren der amerikanischen "Hyper puissance" (Außenminister Vedrine). Dass die Europäer eigenständiger werden möchten belegen auch die Initiativen zur Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Insgesamt hat die NATO freilich ein erstaunliches Maß an Zusammenhalt und Zusammenarbeit an den Tag gelegt, das im Jahr 1990 wohl nur wenige Experten für erreichbar gehalten hätten. Das westliche Bündnis hat nicht nur eine vielfältige Zusammenarbeit mit den ehemaligen Gegnern institutionalisiert sondern im Balkan auch friedenserhaltende Operationen und sogar Kampfeinsätze durchgeführt. Bei letzteren war vor allem das überproportionale Engagement der USA bemerkenswert. Ebenso muss aus realistischer Sicht erstaunen, dass Amerikas Dominanz und die militärische Überlegenheit der NATO nicht zu Distanzierungen oder gar Austrittsbestrebungen geführt haben. Im Gegenteil: der signifikante bündnispolitische Trend der letzten Jahre waren die Aufnahmebestrebungen ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten. Statt sich, wie Gleichgewichtsdanken erwarten ließe, vor westlicher Überlegenheit zu fürchten, haben ihre Gesellschaften und Regierungen den Beitritt zur Allianz beantragt.

Die positive Entwicklung der letzten zehn Jahre ist für sich genommen natürlich keine Garantie dafür, dass die westliche Allianz lange Zeit fortbestehen wird. In der Tat sind früher oder später noch alle Bündnisse zerfallen, die ihren gemein-

samen Gegner besiegt hatten. Indes wäre es voreilig, hieraus die Schlussfolgerung abzuleiten, dass auch die Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten demnächst in Rivalität umschlagen wird. Schließlich sagt die bloße Beobachtung, siegreiche Bündnisse seien in der Vergangenheit immer noch desintegriert, allein wenig darüber aus, welche Faktoren den Zerfall auslösten und ob diese auch die transatlantische Sicherheitspartnerschaft in Frage stellen. Tatsächlich sind Allianzen, die einen potentiellen Hegemon besiegt hatten, in der Vergangenheit eher an divergierenden gesellschaftlichen Entwicklungen gescheitert als an machtpolitischen Rivalitäten (Wolf 2000, 2001). Vergleichbare Entwicklungen sind für die NATO-Staaten aber unwahrscheinlich (s. Abschnitt 2 dieses Beitrags). Zudem ist gerade im Falle der NATO kaum damit zu rechnen, dass unbalancierte Macht (vor allem diejenige der USA) verstärktes Misstrauen und Gegenmachtbildung nach sich ziehen wird. Die politische Transparenz innerhalb der Allianz wird weiterhin dafür sorgen, dass kein Sicherheitsdilemma entsteht, welches in eine sich selbst verstärkende Spirale wechselseitigen Argwohns münden könnte. Klarheit über die Absichten der anderen Mitglieder schaffen insbesondere die integrierte Struktur der Allianz mit ihren institutionalisierten Konsultations- und Planungsverfahren. Aber auch die demokratische Verfasstheit der Mitgliedstaaten schließt weitgehend aus, dass es zu plötzlichen Kurswechseln kommt, in deren Folge ein Mitglied, genauer gesagt: die USA, seine überlegene Militärmacht kompromisslos gegen Partner einsetzt. Daher erübrigt sich eine vorbeugende Bildung von Gegenmacht, die ihrerseits eine harsche amerikanische Antwort provozieren könnte.

Xxx Verlust an Kohäsion???

1.2 Machtverschiebungen innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft und ihre Auswirkungen auf die Partnerschaft

Auch die Machtverschiebungen innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft werden, zumindest soweit sie an der Jahrtausendwende erkennbar sind, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und EU-Europa nicht zwangsläufig gefährden. Gegenwärtig zeichnet sich kein Trend ab, der auf eine grundsätzliche Verschiebung der Gewichte hindeuten würde. Soweit die stabile Kooperation zwischen Europa und den USA der amerikanischen Hegemonie zugeschrieben wird, spricht wenig für eine fundamentale Veränderung des Beziehungsmusters. Wirtschaftlich und militärisch sind die europäischen Staaten zuletzt eher noch zurückgefallen, statt aufzuholen. Zwar schreitet die europäische Einigung weiter voran. Dass Vertiefung und Erweiterung letztlich eine geschlossenen agierende europäische Weltmacht schaffen werden, erscheint indes sehr fraglich. Insofern dürften sich die transatlantischen Machtverhältnisse auf absehbare Zeit allenfalls geringfügig wandeln.

Wirtschaftlich und technologisch sind die EU-Staaten im vergangenen Jahrzehnt gegenüber den USA zurückgefallen. Insofern ist ein klassischer Hegemonialkonflikt zwischen beiden Seiten heute nicht wahrscheinlicher als in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Gerade beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum konnten zuletzt nur wenige EU-Mitglieder mit den USA mithalten. Nach OECD-Angaben stieg das amerikanische Bruttoinlandsprodukt zwischen 1990 und 1998 um 27%. Demgegenüber erhöhte sich die Wirtschaftsleistung der EU insgesamt nur um 15% (Ikenberry 2001: 233). Ursache dieser gravierenden Wachstumslücke ist insbesondere der größere amerikanische Erfolg bei der Entwicklung, Produktion und konsequenten Anwendung von Informationstechnologie in all ihren Facetten (Seitz 1999). Europas ökonomische Basis für eine eventuelle Herausforderung der USA und ihrer Weltordnungskonzepte ist somit nicht verbreitert worden, sondern hat sich eher verringert.

Wendet man sich von der wirtschaftlichen Basis den rüstungswirtschaftlichen Kräfteverhältnissen zu, dann tritt die transatlantische Diskrepanz sogar noch deutlicher zu Tage. So haben die europäischen NATO-Staaten in den vergangenen fünf Jahren kaum mehr als halb soviel für militärische Beschaffung ausgegeben wie die USA (Howorth 2000: 43). Im Bereich von Forschung und Entwicklung hat sich die Lücke zuletzt sogar noch weiter vergrößert. Im Jahr 1999 haben die fünf größten EU-Mitglieder und Schweden für diesen Zweck gemeinsam nur ein Viertel der amerikanischen Aufwendungen bereitgestellt (Schmitt 2000: Annexe 1). Wie unlängst der Kosovo-Konflikt gezeigt hat, wirkten sich diese Ausgabendifferenzen erkennbar auf die Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte aus. Amerikanische Maschinen flogen fast 80% aller NATO-Kampfeinsätze und schossen etwa 90% der Bomben und Raketen ab (Fitchett 1999; Isnard 1999). Europas rüstungstechnische Rückstände machten sich dabei in den verschiedensten Bereichen bemerkbar, insbesondere bei der Allwetteraufklärung, der Kommunikation, beim Luft- und Seetransport, der Luftbetankung und zielgenauen Abstandswaffen (Hill 1999).

Europas institutionelle Reformen zur Verbesserung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werden diese materiellen Rückstände kaum relativieren können. Die Einsetzung des Hohen Repräsentanten und die Bildung eines gemeinsamen Planungsstabes werden die Kohärenz der EU-Politik nicht wesentlich erhöhen, weil deren Grundzüge und Umsetzung nach wie vor von den Mitgliedsstaaten bestimmt werden. Da diese Fragen bislang nur in marginalen Ausnahmefällen mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden, spricht wenig dafür, dass die geplante Erweiterung die Handlungsfähigkeit erhöhen wird -- schon gar nicht gegenüber den USA. Ähnliches gilt für die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie mag in manchen kleineren Konflikten die Geschlossenheit der Europäer erhöhen. Bei ernststen Krisen wird sie die EU aber schwerlich zu einem eigenständigen Akteur ma-

chen. Dazu ist ihre militärische Abhängigkeit von den USA immer noch viel zu ausgeprägt. Und dieser Umstand wird sich vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage vieler EU-Mitglieder so bald nicht ändern (Wolf 2000b).

Alles in allem lässt die Entwicklung der internationalen Machtverhältnisse keineswegs darauf schließen, dass die transatlantische Partnerschaft in besonderem Maße gefährdet sei. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums hat zwar das einigende Gegengewicht zerstört, beeinflusste in der Folgezeit die Kooperationsbereitschaft der NATO-Staaten aber nur unwesentlich. Grundlegende Machtverschiebungen innerhalb der Allianz sind bisher kaum zu beobachten. Soweit sie überhaupt erkennbar sind, begünstigen sie eher eine Festigung amerikanischer Hegemonie und insofern auch die Bewahrung der aktuellen transatlantischen Ordnung.

2 Der Einfluss gesellschaftlicher Macht- und Interessenkonstellationen

Wenn Machtverschiebungen auf der internationalen Ebene den Fortbestand der transatlantischen Partnerschaft nicht erkennbar bedrohen, stellt sich die Frage, ob nicht von Veränderungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften negative Wirkungen zu erwarten sind. Ist davon auszugehen, dass in Europa und den USA soziale Gruppen an Einfluss gewinnen, die direkt oder indirekt von transatlantischen Konflikten profitieren würden bzw. diese billigend in Kauf nehmen würden, um ihre ureigenen Sonderinteressen durchzusetzen? Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb von Interesse, weil Zusammenhalt und Erosion siegreicher Allianzen in der Vergangenheit primär von Macht- und Interessenveränderungen *innerhalb* von Gesellschaften abhingen. Soweit deren weitere Entwicklung beiderseits des Atlantiks heute bereits abschätzbar ist, besteht aber auch aus dieser Perspektive wenig Anlass für pessimistische Prognosen.

Historische Fallvergleiche weisen darauf hin, dass die liberale Theorie der internationalen Beziehungen besser erklären und vorhersagen kann, unter welchen Bedingungen Verbündete Sicherheitspartner bleiben, nachdem sie ihren gemeinsamen Gegner besiegt haben (Wolf 2000a, 2001). Nach der liberalen Auffassung resultiert die Qualität zwischenstaatlicher Beziehungen weniger aus der internationalen Machtverteilung sondern vor allem aus den jeweiligen staatlichen Präferenzen, die sich aus innerstaatlichen Macht- und Interessenkonstellationen ergeben (Moravcsik 1997; Milner 1997). Gravierende Konflikte zwischen zwei oder mehr Staaten erwarten liberale Theoretiker deshalb nur, sofern in zumindest einem von ihnen zwei Bedingungen erfüllt sind: zum einen müssen gesellschaftliche Gruppen überdurchschnittlichen Einfluss genießen, deren Sonderinteressen einen auswärtigen Konflikt begünstigen; zum anderen müssen politische Entscheidungsstrukturen diese Gruppen weitgehend in die Lage versetzen, die Kosten eines zwischenstaatlichen Konfliktes auf den Rest der Gesellschaft

abzuwälzen.

Tiefgreifende transatlantische Konflikte, welche das Beziehungsmuster insgesamt negativ prägen könnten, sind vor dem Hintergrund dieser beiden Bedingungen nicht zu erwarten. Dagegen spricht allein schon die Tatsache, dass am Beginn des neuen Jahrtausends die demokratischen Systeme auf beiden Seiten des Ozeans überaus gefestigt erscheinen. In keinem der betreffenden Staaten drohen gesellschaftlicher Gruppen, die in irgendeiner Form an einem ernstem Konflikt interessiert sein könnten, soviel Macht zu gewinnen, dass sie die Konfliktkosten auf den Rest der Gesellschaft abwälzen könnten.

Mehr noch: es sind überhaupt keine nennenswerten Gruppen zu erkennen, die von einer anhaltenden Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen profitieren könnten. Es fehlt an politischen Oligarchien, die aus Angst vor ihrer Entmachtung äußere Konflikte provozieren könnten, an irredentistischen Gruppen, die verlorene Territorien zurückgewinnen möchten, sowie an militärisch-industriellen Komplexen, die sich Gewinn von transatlantischen Auseinandersetzungen versprechen würden. Gewiss gibt es mit den Landwirten zumindest eine gut organisierte Gruppe mit einem protektionistischen Interesse, das indirekt durch einen transatlantischen Konflikt gefördert werden könnte. Ihnen stehen aber allein im wirtschaftlichen Bereich zahlreiche Akteure entgegen, die im Konfliktfall lukrative Geschäfte mit Partnern jenseits des Atlantiks riskieren würden und insofern für die Fortsetzung der Partnerschaft eintreten. Erinnerung sei hier nur an die starke und sehr einträgliche Verflechtung durch Handel, Kapitalverkehr, Unternehmenszusammenschlüsse und Direktinvestitionen transnationaler Konzerne (Simon/Otte 2000).

Das gesellschaftliche Übergewicht der Gruppen, die vom Fortbestand der Partnerschaft profitieren, erscheint momentan nicht gefährdet. Es dürfte sich in der Zukunft eher noch erhöhen. Angesichts seiner nachlassenden ökonomischen Bedeutung wird der Agrarsektor seinen politischen Einfluss kaum nachhaltig erhöhen können. Dagegen stärkt die globale Integration der Märkte innerhalb der einzelnen Gesellschaften diejenigen Gruppen, die von der Globalisierung profitieren und insofern an zwischenstaatlicher Zusammenarbeit interessiert sind. Dies gilt vor allem für transnationale Konzerne sowie Anleger und Eigner von Finanzkapital. Die Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte erhöht den Einfluss, den die Besitzer mobiler Produktionsverfahren relativ zu Regierungen und abhängigen Beschäftigten genießen. Die Entgrenzung der wirtschaftlichen Welt stärkt die Verhandlungsmacht von Unternehmen und Kapitalbesitzern durch verbesserte Exit-Optionen, mit denen sie unliebsame staatliche Zugriffe wie hohe Besteuerung oder langwierige Genehmigungsverfahren umgehen können. Die ökonomischen Profiteure der Globalisierung sind demnach auch deren politische Gewinner. Solange dies so bleibt, wird es politisch immer schwieriger zu einer Welt abgeschotteter Handelsblöcke zurückzu-

kehren.

Diese Prognose sollte nicht dahingehend missverstanden werden, dass der Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen fortwährende transatlantische Harmonie garantiert. Selbstverständlich wird es gerade in Handelsfragen aber auch in anderen wirtschaftlichen Feldern immer wieder punktuelle Konflikte, Verhandlungsblockaden und gelegentlich sogar Rückschritte geben. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die gescheiterte WTO-Konferenz von Seattle und die abgebrochenen Verhandlungen über ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI). Solche Misserfolge resultieren freilich z.T. auch aus der Errungenschaften der Vergangenheit. Angesichts des hohen Liberalisierungsniveaus, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten bereits erreicht werden konnte, sind weitere Fortschritte heute eher schwieriger zu erzielen. Dass es über einen längeren Zeitraum zu ersten wirtschaftlichen oder gar machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den transatlantischen Partnern kommt, kann indes nahezu ausgeschlossen werden. Angesichts der wechselseitigen Transparenz, der ausreichenden Zeit für intensive Verhandlungen und nicht zuletzt der hohen Kosten möglicher Konflikte spricht alles dafür, dass langanhaltende Missverständnisse und suboptimale oder endgültig verpasste Verhandlungslösungen eher die Ausnahme bleiben werden. Entscheidende Gruppen können sich größere Konflikte einfach nicht leisten.

3 Kultur als Herausforderung der transatlantischen Partnerschaft

Auch von kulturellen Faktoren wie spezifischen Identitäten, Normen oder Weltdeutungen ist auf absehbare Zeit keine gravierende Belastung der transatlantischen Beziehungen zu befürchten. Zweifellos existieren in dieser Hinsicht Unterschiede, welche die USA von den europäischen Gesellschaften trennen. Diese waren während des Kalten Krieges aber auch schon vorhanden. Dass diese Unterschiede sich nunmehr verstärken oder besondere politische Relevanz erlangen, ist wenig wahrscheinlich. Eher ist zu vermuten, dass kulturelle Gemeinsamkeiten, die während des Kalten Krieges entstanden oder sich vertieften, auch nach dessen Beendigung den transatlantischen Zusammenhalt fördern.

Dass ein einschneidender "Kulturbruch mit Amerika" (Weidenfeld 1996) Europas Beziehungen zu den USA gravierend belasten würde, liegt auf der Hand. In diesem Fall würde die vielfältige Zusammenarbeit, die in den vergangenen Jahrzehnten dominierte, ungleich schwieriger. Sollten sich die anerkannten Normen für gesellschaftliches Zusammenleben und grenzüberschreitende Interaktion zusehends auseinanderentwickeln, dann würde sich transatlantische Kooperation womöglich nur noch auf Ausnahmefälle beschränken. Ähnliches gilt für die Konsequenzen abweichender Vorstellungen über bestimmte Akteure sowie über Problem- und Wirkungszusammenhänge politischer oder wissenschaftlicher Natur (Haas 1992; Goldstein/Keohane 1993). Sollten diese stark voneinander

abweichen, könnte man sich kaum noch auf die gemeinsame Definition von Problemen, auf legitime Ziele und Interessen, probate Instrumente und die gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen einigen. Noch stärker belastet würden die Beziehungen im Extremfall von antagonistischen Identitätskonstruktionen, welche die andere Seite als unversöhnlichen Feind erscheinen lassen (Wendt 1999: 259-78).

Gegenwärtig spricht jedoch nichts dafür, dass es im kulturellen Bereich zu gravierenden transatlantischen Divergenzen kommen wird, welche überkommene Kooperationsinteressen gegenstandslos machen. Im Gegenteil: die Logik kultureller Entwicklung lässt vermuten, dass kulturelle Faktoren die Partnerschaft verstetigen werden. Soziale Normen und Identitäten, die über einen längeren Zeitraum allgemein akzeptiert und handlungsleitend wurden, reproduzieren sich in der sozialen Praxis ohne einschneidende Brüche. Normen, die stets befolgt werden, werden immer selbstverständlicher und kaum noch in Frage gestellt. Identitäten, die von sozialen Interaktionspartnern anerkannt und regelmäßig berücksichtigt werden, erfahren dadurch laufende Bestätigung. Anschauungen über soziale Entwicklungen und deren Determinanten werden zu alternativlosen Selbstverständlichkeiten, wenn sie nur noch von Außenseitern angezweifelt werden (Wendt 1999: Kap. 7; Duffield 1998: 22-29, 247-48; Kowert/Legro 1996: 488-90). Stabile politische Kulturen verfestigen sich schließlich soweit, dass sie nur noch von anderweitigen, d.h. zumeist materiellen, Faktoren grundlegend verändert werden können. Schreibt man kulturellen Faktoren eine große Bedeutung für die internationale Politik zu, dann müsste gerade bei einer Jahrzehnte währenden und hochinstitutionalisierten Partnerschaft wie der transatlantischen dieser "äußere Anstoß" besonders massiv sein. Wo aber sollte so ein massiver Anstoß herrühren, der einen "Kulturbruch mit Amerika" und in dessen Folge die Zerrüttung der transatlantischen Partnerschaft bewirken könnte?

Gegenwärtig kündigt sich keine Entwicklung an, die zu einer grundlegenden Entfremdung führen müsste. Wie oben dargelegt, ist von den internationalen Machtverhältnissen und den internen Interessenkonstellationen bis auf weiteres kein Anstoß zu fundamentalem Wandel zu erwarten. Technologische und wirtschaftliche Trends kommen hierfür ebensowenig in Frage. Erstere dürften eher eine weitere kulturelle Annäherung begünstigen, weil technologischer Wandel immer weniger auf bestimmte Länder und Regionen beschränkt bleibt. Gerade die intensiven transatlantischen Austauschbeziehungen müssten dafür sorgen, dass technologische Entwicklungen tendenziell die Lebensverhältnisse beiderseits des Atlantiks vereinheitlichen, statt sie stärker gegeneinander abzuheben. Ähnliches gilt für ökonomische Veränderungsprozesse in einem immer enger verflochtenen transatlantischen Wirtschaftsraum.

Wahrscheinlicher ist ein kultureller Abgrenzungsprozess, der von demografischen Veränderungen ausgelöst wird, so z.B. vom Generationswechsel innerhalb

der politischen Eliten oder ethnischen Gewichtsverlagerungen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft. Allerdings führt eine Perspektive, die kulturellen Faktoren große Wirkung auf Interessendefinitionen und politische Prozesse zuschreibt, auch in diesem Kontext erneut zu einer zurückhaltenden Prognose, die für Kontinuität spricht. In diesem Fall wäre nämlich zu erwarten, dass von den politischen Kulturen der betreffenden Gesellschaften und nicht zuletzt von der etablierten Kultur des transatlantischen Verhältnisses starke Sozialisations-effekte ausgehen, welche die abweichenden Vorstellungen von neuen Kohorten bzw. Bevölkerungsgruppen nivellieren, und dies sollte in besonderem Maße für die politisch aktiven "Newcomer" gelten. Mit anderen Worten: die politischen Kulturen sollten sich als weitgehend resistent gegenüber diesen äußeren Einflüssen erweisen.

All dies schließt keineswegs aus, dass aktuelle politische Entwicklungen unterschiedlich eingeschätzt und bewertet werden oder gar transatlantische Irritationen bis hin zu zeitweiligen Entfremdungen auslösen könnten. So hat erst jüngst die amerikanische Dominanz im Rahmen der Kosovo-Intervention die europäischen NATO-Partner so stark befremdet, dass Europas Interesse an militärischer Selbständigkeit spürbar verstärkt wurde. Die gleiche Intervention hat aber auch deutlich gemacht, wie sehr die Europäer auf die USA angewiesen bleiben und wie weit und kostspielig der Weg zu militärischer Autonomie wäre. Diese Abhängigkeit unterstreicht insofern, wie schwer eine eigenständige europäische Sicherheitsidentität zu entwickeln sein wird, solange sich die USA als kooperationsbereiter Partner erweisen. Abgrenzung fällt schwer, wenn man von einem Akteur abhängig ist und dieser mit einem eng zusammenarbeitet. Alles in allem lässt die grundlegende transatlantische Interdependenz daher erwarten, dass Europa und Amerika, allen punktuellen Irritationen zum Trotz, nicht so schnell unvereinbare Identitäten herausbilden werden.

4 Fazit

Dieser Beitrag hat gezeigt, dass gegenwärtig keine grundlegende Entwicklung absehbar ist, die auf eine einschneidende Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen hindeuten würde. Es besteht also Anlass zu einer vorsichtig optimistischen Prognose. Diese wird noch bekräftigt, berücksichtigt man einen Faktor, der bisher noch nicht näher erörtert wurde, weil er Zusammenarbeit nur positiv beeinflussen kann: die starke institutionelle Verflechtung der transatlantischen Beziehungen. Der hohe Verregelungsgrad ihres Verhältnisses sichert Europäer und Amerikaner zusätzlich vor überraschenden Maßnahmen des Partners, begünstigt die Erstarkung transatlantische Netzwerke und Koalitionen und erhöht ganz allgemein die Kosten unkooperativen Verhaltens (Ikenberry 1998/1999, 2001: Kap. 6-7).

Ungeklärt ist damit freilich noch die Frage, inwieweit unvorhersehbare politische Entwicklungen außerhalb der transatlantischen Welt deren Binnenbeziehungen gefährden könnten. Zu denken wäre hier etwa an krisenhafte Entwicklungen oder Spannungen im Nahen Osten, in Russland oder China. Vieles spricht jedoch für die Annahme, dass in diesen Fällen die Zusammenarbeit innerhalb der Atlantischen Allianz zusätzlich intensiviert würde. Dies liegt besonder nahe im Falle von Konflikten mit Russland oder von Auseinandersetzungen, welche die Ölimporte aus dem Nahen Osten gefährden könnten. Vermutlich würden die Europäer auch bei amerikanisch-chinesischen Spannungen für die USA Partei ergreifen. Allerdings könnte ein tiefgreifender Konflikt zwischen Beijing und Washington die USA dazu veranlassen, ihr europäisches Engagement zu verringern. Eine derartige Gewichtsverlagerung nach Fernost würde nicht ohne Folgen für das transatlantische Verhältnis bleiben. Die wahrscheinlichste Konsequenz bestünde jedoch nicht in Spannungen oder Konflikten, sondern in einer neuen sicherheitspolitischen Arbeitsteilung der transatlantischen Partner.

Literatur:

- Duffield, John S. 1998: *World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions, and German Security Policy after Unification* (Stanford: Stanford University Press).
- Fitchett, Joseph 1999: *Anniversary Gala Recast as a Major War Council*, International Herald Tribune vom 23. April 1999.
- Gilpin, Robert G. 1981: *War and Change in World Politics* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. 1993: *Ideas and Foreign Policy. An Analytical Framework*, in: dies (Hrsg.): *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change* (Ithaca, N.Y.: Cornell University Press), 3-30.
- Grieco, Joseph M. 1990: *Cooperation Among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade* (Ithaca: Cornell University Press).
- Haas, Peter M. 1992: *Saving the Mediterranean. The Politics of Environmental Cooperation* (New York: Columbia University Press).
- Hill, Luke 1999: *WEU Audit Finds Weak Spots in European Forces*, Defense News vom 6. Dezember 1999.
- Howorth, Jolyon 2000: *European Integration and Defence: The Ultimate Challenge?*, Western European Union, Institute for Security Studies (Chaillot Paper 43).
- Ikenberry, G. John 2001: *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the*

- Rebuilding of Order After Major Wars (Princeton: Princeton University Press).
- Ikenberry, G. John 1998/1999: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order, in: *International Security* 23:3, 43-78.
- Isnard, Jacques 1999: Les limites de la participation française à "Force alliée", *Le Monde* vom 6. Juli 1999.
- Kowert, Paul/Legro, Jeffrey 1996: Norms, Identity, and Their Limits. A Theoretical Reprise, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics* (New York: Columbia University Press), 451-97.
- Mearsheimer, John J. 1990: Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: *International Security* 15: 1, 5-56.
- Mearsheimer, John J. 1994/1995: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19:3, 5-49.
- Milner, Helen V. 1997: *Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations* (Princeton: Princeton University Press).
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51:4, 513-553.
- Schmitt, Burkhard 2000: From Cooperation to Integration: Defence and Aerospace Industries in Europe, Western European Union, Institute for Security Studies (Chaillot Paper 40).
- Seitz, Konrad 1999: *Wettlauf ins 21. Jahrhundert. Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien* (Berlin: Siedler Verlag).
- Simon, Hermann/Otte, Max 2000: "Transatlantica". Das atlantische Jahrhundert beginnt, in: *Internationale Politik* 55:3, 25-30.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics* (Reading, Mass.: Addison-Wesley).
- Waltz, Kenneth N. 1991: America as a Model for the World? A Foreign Policy Perspective, in: *Political Science and Politics* 24:4, 667-670.
- Waltz, Kenneth N. 1993a: The New World Order, in: *Millenium* 22:2, 187-95.
- Waltz, Kenneth N. 1993b: The Emerging Structure of International Politics, in: *International Security* 18:2, 44-79.
- Weidenfeld, Werner 1996: *Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit* (Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung).
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Wolf, Reinhard 2000a: Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7:1, 33-78.
- Wolf, Reinhard 2000b: Finanzierungsprobleme der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter den Bedingungen der Währungsunion, *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 47/2000, 31-38.
- Wolf, Reinhard 2001 (i.E.): *Partnerschaft oder Rivalität? Sicherheitsbeziehungen zwischen Siegermächten* (Baden-Baden: Nomos).